

Gemeinderat sagt Nein zu Standort Holzhausen

Bootshaus Polizei will am Dampfersteg ein Gebäude für ihr Boot verwirklichen. Das Landschaftsbild wird gestört und die Zufahrt ist zu eng: Diese Bedenken wird Bürgermeister Josef Lutzenberger bei Regierung und Landratsamt vortragen

VON STEPHANIE MILLONIG

Holzhausen Nach Ansicht von Polizei und Innenministerium ist der Holzhauser Dampfersteg der günstigste Standort für ein Bootshaus der Polizei am Ammersee. In Utting und Holzhausen sieht man dies anders – über 250 Bürger waren am Donnerstagabend zum Steg und zur Verwaltungsschule nach Holzhausen gekommen. Dort fand wegen des zu erwartenden Andrangs die Gemeinderatssitzung statt, Vertreter von Polizei, Innenministerium und Staatlichem Bauamt nahmen daran teil. Der Vorsitzende des Vereins „Unser Dorf“, Wolf Dietrich Lüps, kündigte zu Beginn der Sitzung an, dass auch über ein Bürgerbegehren gegen ein Bootshaus am Dampfersteg nachgedacht wird, wohlwissend um die rechtliche Problematik: Das Bauprojekt gehört nicht zum eigenen Wirkungskreis der Gemeinde. Gleichwohl sprach sich der Gemeinderat einstimmig gegen den Standort Holzhausen aus.

Rechtlich ist dieser Schritt kaum von Belang, denn die Gemeinde hat im sogenannten Zustimmungsverfahren für den Bau dieses Bootshauses keine Stimme, da es sich um außermärkisches Gebiet handelt. Wie sich die Gemeinderatsentscheidung politisch auswirkt, ist offen. Richard Filser vom Polizeipräsidium Oberbayern Nord wollte sich zur konkreten Frage von GAL-Gemeinderat Christian Strohmeier, ob gegen ein Votum von Gemeinde und Bürgern gebaut wird, nicht festlegen. Dies sei eine politische Entscheidung, die mit Staatssekretär Gerhard Eck abgestimmt werden müsse, so Filser.

Vor der Abstimmung des Gemeinderates hatten Filser und Peter Aumann vom Staatlichen Bauamt in Weilheim die Standortentscheidung begründet beziehungsweise das weitere Vorgehen dargelegt. Filser nannte die Ausschlusskriterien für andere Orte: In Dießen ist das Wasser zu flach, am Landheim in Wartaweil – ein Standort, den die Polizei durchaus befürwortet hätte – ist die Leitung der Einrichtung dagegen und auch in der Werft der Seenschiffahrt in Stegen wird nach Aussagen der Seenschiffahrt der Betrieb der Werft zu sehr gestört, beziehungsweise werden Erweiterungs-



Polizei und Innenministerium haben den Dampfersteg von Holzhausen als Standort für ein Bootshaus der Polizei auserkoren – und stoßen damit nicht nur auf Widerstand der Bürger, sondern auch des Gemeinderates. Archivfoto: Thorsten Jordan

möglichkeiten verbaut. Für die Zuständigen bei Polizei und Innenministerium ist so Holzhausen mit seinem vorhandenen Dampfersteg der beste Standort zumal laut Aumann die Stelle aus Sicht des Naturschutzes nicht so wertvoll ist wie anderswo am See: „Das ist hier nicht der sensible Bereich.“

Gleichwohl nannte auch er an den Planungen für Holzhausen problematisch, dass das Bootshaus „relativ weit im See steht“. Er geht jedoch davon aus, dass der Bau so gestaltet werden kann, dass er keine Beeinträchtigung darstellt. Der Experte aus dem Staatlichen Bauamt – der Behörde, die das Bootshaus letztendlich verwirklichen wird – verwies auch darauf, dass als voraussichtliche Kompromisslösung in

Holzhausen nur noch ein Gebäude für das große Boot WSP7 gebaut werden sollte, und das zweite, kleinere Boot woanders beherbergt werde. „Ich denke, dass dieses Zugeständnis gemacht werden muss“, sagte Aumann gegenüber Bürgermeister Josef Lutzenberger (GAL), der in diesem Punkt nachhakte.

Somit wird laut Aumann eine Hütte mit nur noch einem Giebel wahrscheinlich, und auch in der Höhe will man reduzieren. Konkrete Zahlen wurden in der Sitzung nicht genannt. Aumann sagte, wenn es bei dem Standort bleibt, werde wahrscheinlich ein Architekt aus der Region beauftragt und man werde den Entwurf der Öffentlichkeit vorstellen.

Die anwesenden Bürger und den

Gemeinderat konnten die Experten aus München und Ingolstadt damit aber nicht überzeugen. Der Holzhauser Gemeinderat Florian Münzer (GAL) hatte schon im April 2015 beantragt, das Gremium solle sich grundsätzlich gegen den Bootshüttenbau am Holzhauser Dampfersteg entscheiden.

Nachdem am Donnerstagabend aber auch ein Antrag von CSU/Bürgerliste vorlag (siehe Bericht rechts), der inhaltliche Kritik formulierte, zog Münzer seinen Antrag zurück. Das Gremium stimmte somit nur einmal einstimmig ab: Bürgermeister Lutzenberger soll bei der Regierung von Oberbayern und beim Landratsamt in Landsberg vorstellig werden und Uttings Bedenken vorbringen.

Utting widerspricht

Die CSU/Bürgerliste Utting hat in einem Antrag inhaltliche Bedenken gegen den Bau eines Bootshauses am Holzhauser Dampfersteg formuliert, und der Uttinger Gemeinderat stimmte dem Antrag einhellig zu. Die Sicherheitsbelange der Polizei werden in dem Schreiben, das Fraktionsvorsitzender Karl Sauter vortrug, zwar anerkannt, verwiesen wird aber auch auf den Widerstand in der Bevölkerung.

Trotzdem die Gemeinde Utting im Zustimmungsverfahren nicht beteiligt ist, will man Stellung nehmen:

● **Landschaftsschutz/Erschließung** Zwar sei der Ammersee gemeindefreies Gebiet, aber erschlossen werde das Bauvorhaben von Holzhausen aus, woraus sich ein unmittelbares Interesse der Gemeinde Utting ergebe. Im Außenbereich dürfe nur gebaut werden, wenn keine öffentlichen Belange beeinträchtigt sind und die Erschließung gesichert ist: Öffentliche Belange sieht man in Utting aber beeinträchtigt. Der Baukörper verändere die natürliche Eigenart der Landschaft, das Landschaftsbild werde verunstaltet und somit die Ziele der Landschaftsschutzgebiets-Verordnung gefährdet, so die Ausführungen im Antrag.

Außerdem erfolge die Erschließung über einen zwei Meter breiten und rund 50 Meter langen Weg, auf dem sich auch Fahrgäste der Seenschiffahrt, Fußgänger und Radfahrer aufhielten. Diese Bedenken soll Bürgermeister Lutzenberger jetzt bei der Regierung von Oberbayern vorbringen und auch beim Landratsamt vorstellig werden, um darzulegen, dass man eine Ausnahme genehmigung von der Landschaftsschutzgebiets-Verordnung nicht befürwortet.

● **Seenschiffahrt** Offen blieb in der Sitzung auch die Frage, inwieweit der Bau und Betrieb eines Bootshauses der Polizei vereinbar ist mit den Vorschriften, die für die Anlegestelle eines Fahrgastschiffes gelten.

Seitens der Polizei hieß es, dass von der Seenschiffahrt bisher nichts beanstandet worden sei. (smi)